

INVESTIEREN STATT KONSUMIEREN

Knapp zwei Billionen Euro Schulden hat der deutsche Staat zum Jahresende 2018 angehäuft. Das sind rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder gut 23.000 Euro pro Einwohner. Die gute Nachricht: seit 2014 sinkt die deutsche Staatsverschuldung. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik muss nun die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft fordert deshalb,

- eine solide Haushaltspolitik mit **Schuldenbremse** und **Schwarzer Null**
- verbesserte und verlässliche Rahmenbedingungen für **private und staatliche Investitionen**
- nachhaltige Staatsfinanzen im **demographischen Wandel**

Eine solide Haushaltspolitik mit Schuldenbremse und Schwarzer Null

Weltweit gab es 2015 in 129 Ländern Fiskalregeln, die deutsche Schuldenbremse gehört dazu. Empirische Studien belegen deren Erfolg: Primärdefizite (Staatsdefizit inklusive Zinsausgaben) waren im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt mit Fiskalregel deutlich niedriger als ohne. Das bedeutet also, dass solche Regeln tatsächlich die Haushaltspolitik stabilisieren. Eine solide Haushaltspolitik kann zudem die Refinanzierungskosten an den Finanzmärkten senken (Fuest et al., S. 325).

Ein ausgeglichener Haushalt, also das Ziel der Schwarzen Null, muss in konjunkturell stabilen Zeiten geboten bleiben. Mit der deutschen Schuldenbremse ist eine stetige, verlässliche Investitionspolitik möglich. Denn die Politik kann konjunkturunabhängig sehr langfristig investieren, ohne die Sorge zu haben, aufgrund einer Rezession Projekte zurücknehmen zu müssen. Empirische Belege, die Schuldenbremse reduziere Investitionen, gibt es bisher nicht. So hat etwa der Rückgang der Gemeindeinvestitionen lange vor Einführung der Schuldenbremse begonnen und die Investitionen des Bundes sind seit 2014 gestiegen. Insbesondere in konjunkturell schlechteren Zeiten lässt die Schuldenbremse Neuverschuldung explizit und in größerem Umfang zu. Eine erste Bewährungsprobe kündigt sich aktuell in Form einer konjunkturellen Schwächephase an, die die Politik mit Hilfe der Schuldenbremse meistern wird.

Verbesserte und verlässliche Rahmenbedingungen für private und staatliche Investitionen

Die Basis für mehr private Investitionen in Deutschland sind attraktive und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen. Der Solidaritätszuschlag gehört für alle, auch für Unternehmen und Spitzenverdiener, abgeschafft – der Soli muss verfassungskonform spätestens im Jahr 2019 vollständig auslaufen und ab 2020 ersatzlos entfallen.

Anreize für private Investitionen sollten unter anderem durch Einführung einer dauerhaften degressiven Abschreibung und höhere Schwellenwerte für geringfügige Wirtschaftsgüter gesetzt werden. Auch Entlastungen von der Steuerbürokratie stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Grundvoraussetzung für mehr staatliche Investitionen ist zu allererst, dass die zur Verfügung gestellten Mittel effizient eingesetzt und tatsächlich abgerufen werden. Dafür müssen auch Planungskapazitäten auf allen Ebenen ausgebaut und bürokratische Hürden abgebaut werden. Investitionen in digitale Infrastruktur in der Fläche sowie in Bildungsinfrastruktur müssen langfristig und stetig getätigt werden. Geld für Bildung muss vor allem effektiver für Qualität, Durchlässigkeit und Integration im Bildungssystem eingesetzt werden, um auch dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Nachhaltige Staatsfinanzen im demographischen Wandel

Zwar bietet die Schuldenbremse genug Spielraum für größere Investitionsprojekte, die Mehreinnahmen des Staates in den letzten Jahren wurden jedoch hauptsächlich für die Ausweitung von Sozialleistungen genutzt. Zwischen 1991 und 2018 sind die Ausgaben für Sozialleistungen um 470 Milliarden Euro gestiegen, während die Bruttoinvestitionen um 29 Milliarden Euro erhöht wurden (SVR 2019). Die Bekämpfung der Ursachen von Bedürftigkeit muss stärker in den Fokus rücken, als die Abmilderung ihrer Folgen durch immer höhere Sozialtransfers.

Der demographische Wandel stellt die deutsche Haushaltspolitik vor große Herausforderungen. Der finanzielle Spielraum muss genutzt werden, um auch die implizite Staatsverschuldung im Rahmen zu halten. Dazu gehört, die Sozialversicherungen langfristig tragfähig zu gestalten und die Lasten des demographischen Wandels generationengerecht zu verteilen. In diesem Sinne ist auf weitere Rentenleistungen zu verzichten, die nicht durch Beiträge erworben sind und die nicht der gezielten Bekämpfung von Altersarmut dienen.

QUELLEN UND INFORMATIONEN

Destatis (2019):

[Öffentliche Schulden 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,7% gesunken](#)

BMF (2019):

[Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums, August 2019](#)

Fuest, Clemens, et al. (2019):

[Schuldenbremse – Investitionshemmnis oder Vorbild für Europa?,
in Wirtschaftsdienst 99\(5\), 307-329.](#)

SVR (2019):

[Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung,
Zeitreihen zu den öffentlichen Finanzen](#)

KONTAKT

Telefon: 030 / 27877-171

E-Mail: info@insm.de

INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22

10117 Berlin

Geschäftsführer: Hubertus Pellengahr